

Schwarz auf Weiss

aus Berlin



**Newsletter der Bundestagsabgeordneten Sabine Weiss für
Alpen, Hamminkeln, Hünxe, Kamp-Lintfort, Rheinberg,
Schermbeck, Sonsbeck, Voerde, Wesel, Xanten**

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bemühungen zur Lösung der Flüchtlingsfrage sind nach wie vor das dominierende Thema. Gleichzeitig - und das sollten wir bei aller Wichtigkeit dieses Themas nicht vergessen - arbeitet der Deutsche Bundestag aber auch weiterhin effektiv und konsequent an vielen anderen wichtigen Themen.

Für mich begann die Sitzungswoche am Montag mit dem CDU-Bundesvorstand, in dem wir nach intensiven und konstruktiven Diskussionen ein Arbeitspapier zur besseren Integration und zur Bewältigung der Flüchtlingssituation verabschiedet haben. Bei Interesse schicke ich Ihnen gerne das Papier zu. Dienstag hat sich der CDU-Bundesfachausschuss für Arbeit und Soziales konstituiert, dieser Ausschuss wird maßgeblich das Wahlprogramm für den wichtigen Bereich Arbeit und Soziales erarbeiten.

Ich bin von meiner Partei in den Fachausschuss berufen worden und in der konstituierenden Sitzung zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden. Ich freue mich, am CDU-Wahlprogramm mitarbeiten zu dürfen.

[\(Lesen Sie hier die Pressemitteilung\)](#)

Ein wichtiger Termin in Sachen Betuwe stand diese Woche auch auf meiner Agenda. In einem guten, aber auch sehr intensiven Gespräch mit dem Bundesverkehrsminister und der Bundesumweltministerin sowie dem Präsidenten des Bundeseisenbahnamtes, Ronald Pofalla von der DB und Vertretern unserer Feuerwehren habe ich mich hartnäckig für die Umsetzung des Sicherheitskonzeptes der Feuerwehren stark gemacht. Dieses Gespräch wird nächste Woche fortgeführt.

In dieser Woche tagte der Europäische Rat am 18. und 19. Februar. In Brüssel standen zunächst der bessere Schutz der EU-Außengrenzen und die Zukunft Großbritanniens in der EU auf der Tagesordnung.

Überschattet wurde der EU-Gipfel von den furchtbaren Anschlägen in der Türkei. Aufgrund der Anschläge hat die türkische Regierung ihre Teilnahme an den Beratungen abgesagt. Daher wird es in zwei Wochen einen

erneuten Gipfel mit der Türkei geben, auf dem über den Schutz der europäischen Außengrenzen und weitere Maßnahmen zur Begrenzung des Flüchtlingszustroms verhandelt werden wird.

In einer Regierungserklärung hat die Bundeskanzlerin uns die Position der Bundesregierung für die anstehenden Verhandlungen mit der EU mitgeteilt:

Die Fluchtbewegung stelle Europa vor eine „historische Bewährungsprobe“, sagte die Kanzlerin. Merkel unterstrich: „Die, die Schutz brauchen und suchen, sollen Schutz bekommen.“ Die Kanzlerin machte mit Blick auf die Fluchtursachen klar, dass „dauerhaft nur dann weniger Menschen kommen, wenn wir dort ansetzen, woher sie kommen“. Ich stimme mit der Kanzlerin überein, dass wir nichts unversucht lassen dürfen, um den grauenvollen Krieg in Syrien zu beenden. Die aktuellen Bilder, die uns aus Aleppo erreichen, sind furchtbar und ich kann sie kaum ertragen. Eine schlechte Rolle spielt dabei Russland: Ohne Rücksicht auf zivile Ziele bombardiert Russland in Syrien Wohn- und sogar Krankenhäuser und zwingt damit noch mehr verzweifelte Menschen zur Flucht. Daher ist es so wichtig, dass die Waffen in Syrien endlich schweigen. Nur dadurch wird die Flüchtlingsbewegung zu stoppen sein. Die immer wieder in die Diskussion gebrachten Grenzsicherungen werden die Menschen in Not nicht aufhalten. Mit Zäunen halten wir keine Flüchtlinge ab, denn Menschen, die vor Leid und Elend fliehen, überwinden seit jeher mit der Kraft der Verzweiflung jeden Zaun und jede Grenze.

Auch wenn die Nachrichten, die uns auch in dieser Woche täglich erreichten, derzeit nicht gut sind, so wünsche ich Ihnen trotz allem ein entspanntes und wunderschönes Wochenende.

Mit herzlichen Grüßen

Sabine Weiss



In dieser Ausgabe:

- Brief an die Leser
- Im Plenum, Daten und Fakten
- Rede des Innenministers zum Asylpaket II
- Unser neuer Mitarbeiter
- Offener Brief

IMPRESSUM

Sabine Weiss MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 / 227-77720

Telefax: 030 / 227-76720

E-Mail: sabine.weiss@bundestag.de

Internet: www.sabine-weiss.de

Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 18./19. Februar 2016 in Brüssel. Kernthema werden die vom Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, vorgelegten Vorschläge aus Anlass der Debatte um einen Verbleib Großbritanniens in der EU sein. Das Land strebt ein Referendum über seine EU-Mitgliedschaft an, der Zeitpunkt ist noch offen. Es liegt im Interesse Deutschlands, dass Großbritanniens Mitglied der EU bleibt. Als zweitgrößte Volkswirtschaft in der EU und strategischer Partner Deutschlands auf zentralen Politikfeldern, wie dem EU-Haushalt, Binnenmarkt, innere Sicherheit und den Freihandel, wäre ein Ausscheiden Großbritanniens ein herber Rückschlag. Unser Ziel ist deshalb klar: Deutschland muss bei dem europäischen Rat die Mittel der Diplomatie nutzen und die Einigungsbe-mühnen unterstützen. Neben den Beratungen zu Großbritannien widmen sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten der Bewältigung der Migrations- und Flüchtlingskrise in Europa. Hierbei wird es insbesondere um den besseren Schutz der EU-Außengrenzen gehen.

Gesetz zur erleichterten Ausweisung von straffälligen Ausländern und zum erweiterten Ausschluss der Flüchtlingsan-erkennung bei straffälligen Asylbewerbern. Der Gesetzentwurf, den wir in erster Lesung als Konsequenz aus den Ereig-nissen in Köln in der Silvesternacht beraten, wird – wie bereits oben dargestellt – die Ausweisung straffälliger Ausländer erleichtern und Regelungen enthalten, mit denen straffälligen Asylbewerbern leichter die Flüchtlingseigenschaft ver-wehrt werden kann.

Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren („Asylpaket II“). In erster Lesung werden Änderungen im Asylge-setz, Aufenthaltsgesetz und im Asylbewerberleistungsgesetz beraten. Sie umfassen neben beschleunigten Asylverfahren für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten, Folgeantragsteller und ihren Mitwirkungspflichten nicht nachkom-mende Asylbewerber auch die entsprechenden zur Durchführung dieser Maßnahme eingerichteten Aufnahmeeinrich-tungen. Zudem werden wir den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte für zwei Jahre aussetzen. Flüchtlinge können an den Kosten für Integrationsmaßnahmen beteiligt werden.

DATEN und FAKTEN

Hochschulen werden internationaler. Im Jahr 2015 waren insgesamt 321.569 ausländische Studierende in deutschen Hochschulen eingeschrieben. 2009 lag die Zahl noch bei 240.000 Studierenden. Besonders für Bildungsausländer, also Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit sowie ausländischer Hochschulzugangsberechtigung, scheint Deutsch-land ein attraktiver Studienstandort zu sein. 235.858 Bildungsausländer studierten 2015 in Deutschland (+ 56.000 im Vergleich zu 2009). Auch die Zahl der Bildungsinländer (Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, aber deutscher Hochschulzugangsberechtigung) stieg von etwa 50.000 Personen im Jahr 2009 auf 85.711 im Jahr 2015. Somit beträgt der Anteil von Ausländern an der Studierendenschaft 11,9 Prozent. Im Hörsaal treffen sich dabei Menschen aus aller Welt: Mit 30.259 Studierenden aus China (12,8 Prozent), 11.655 aus Indien (4,9 Prozent), 11.534 russischen Studieren-den sowie 9.875 Österreichern (4,2 Prozent) wird die Liste der Herkunftsstaaten der Bildungsausländer angeführt. 34,7 Prozent dieser streben einen Bachelorabschluss an, hingegen 32,6 Prozent einen Masterabschluss. Umbrüche lassen sich auch bei der Wahl des Bundeslandes konstatieren: So veränderte sich die Anzahl der Bildungsausländer im Zeitraum 2010 bis 2015 in Thüringen um +62,8 Prozent und in Sachsen um +47,1 Prozent. In Rheinland-Pfalz sank die Zahl um -4,1 Prozent. Vielfalt und Internationalität prägen damit die gesamte deutsche Hochschullandschaft in noch nie gekanntem Ausmaße.

(Quelle: Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, Deutscher Akademischer Austauschdienst)

Chemiebranche im Aufschwung. Der Commerzbank-B Branchenreport Chemie prognostiziert für das Jahr 2016 Produkti-onszuwächse in der gesamten Branche. Besonders der Bedarf an höherwertigen Spezialchemikalien, die vor allem von mittelständischen Anbietern hergestellt werden, soll demnach um knapp 3 Prozent ansteigen. Neben der durch das in-dustrielle Wachstum der Schwellenländer bedingten erhöhten Nachfrage nach höherwertigen Chemieprodukten sieht der Report insbesondere auch das hohe Niveau heimischer Forschungseinrichtungen sowie einem breiten einheimischen Abnehmerkreis, etwa aus der Kunststoffverarbeitung oder der Automobilindustrie, als Grund für diesen Zuwachs. Auch die mehrheitlich größeren Unternehmen der Sparte Grundstoffchemie sind durch den Ölpreiserückgang und die ver-stärkte Nutzung alternativer Ressourcen wieder wettbewerbsfähiger. Hier rechnet man entgegen der vergangenen Jahre, die durch Kapazitäts- und Produktionsrückgänge gekennzeichnet waren, wieder mit einem leichten Wachstum von 0,5 Prozent.

(Quelle: Commerzbank-B Branchenreport Chemie)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Beim Thema Flüchtlinge erleben wir in unserem Land eine breite, tiefe Bandbreite von Stimmungen und Gefühlen, ja vielleicht eine Spaltung zwischen Optimismus und Ernüchterung, Tatendrang und Müdigkeit, Mit- und Gegeneinander, Akzeptanz und Ablehnung, Gewalt und Versöhnung, schwierigem Abwägen und einfachen Parolen, Hoffnung auf Europa und Enttäuschung über Europa. All das ist kein bloßes Beiwerk zu der großen Aufgabe, an deren Lösung wir seit Monaten beharrlich arbeiten; es ist für uns alle Anstoß und Mahnung. Wir werden unsere Verantwortung nach außen nur wahrnehmen können, wenn wir in unserem Land und in unserer Gesellschaft den Zusammenhalt nach innen erhalten. Die Bundesregierung tut alles dafür, diese Situation national, europäisch und international zu bewältigen – unter Achtung unserer eigenen Interessen und mit Achtung gegenüber den zu uns kommenden Menschen.

Lassen Sie mich ein paar Beispiele von vielen nennen. Allein in den vier Monaten seit Oktober haben wir die Zugangszahlen der Menschen aus dem Westbalkan drastisch reduziert. Insgesamt sind die Zahlen der Flüchtlinge zurückgegangen. Das reicht noch nicht; aber die Richtung stimmt. Wir haben die Digitalisierung des Asylverfahrens geschaffen und geben seit kurzem einheitliche Ankunftsausweise aus. Damit erhalten wir Klarheit über die, die zu uns kommen, wo sie hingehören und was sie können. Doppelzählungen hören auf und Selbstzuweisungen an einen Ort eigener Wahl auch. All das ist auch für die Sicherheit unseres Landes wichtig.

Wir haben über den Bundeshaushalt massiv in Integration investiert. Auch hier ein Beispiel: In kürzester Zeit haben wir 8 000 weitere Lehrkräfte für Integrationskurse zugesagt.

Wir haben das Personal beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aufgestockt. Seit Oktober wurden dort 300 000 Nachregistrierungen durchgeführt sowie Rückstände aus rund 130 000 Altverfahren abgebaut. Mit fast 50 000 Entscheidungen im BAMF allein im Januar wurde eine neue Rekordzahl erreicht. Ich weiß, auch hier ist noch viel zu tun und zu verbessern, aber auch hier stimmt die Richtung.

Meine Damen und Herren, mit dem heute vorliegenden Gesetzespaket verbinde ich drei Botschaften:

Die erste richtet sich direkt an die Menschen in unserem Land. Ihnen sage ich heute Folgendes: Wir arbeiten hart dafür, den Flüchtlingszustrom in unser Land zu begrenzen und zu verringern, vorneweg die Bundeskanzlerin. Die Wahrnehmung von internationaler Verantwortung und das Eintreten für eine europäische Lösung liegen in unserem nationalen Interesse.

Wir wissen, dass Ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen auch davon abhängt, wie schnell über Straftäter, Wirtschaftsflüchtlinge und andere Nichtschutzbedürftige entschieden wird und dass diese wieder in ihre Heimat zurückgeführt werden. Ja, wir werden mit den Menschen härter umgehen, die nur behaupten, Schutz zu brauchen, aber in Wahrheit aus anderen Gründen nach Deutschland kommen oder mit Tricks oder falschen Angaben ihren Aufenthalt in Deutschland zu verlängern versuchen.

Wir begegnen allen Menschen, die zu uns kommen, mit Respekt, aber ohne Naivität.

Wir regeln ein faires Asylverfahren und eine schnellere Abschiebung der Menschen, die keinen Anspruch auf Schutz haben.

Die vorliegenden Maßnahmen bilden einen gerechten Ausgleich zwischen dem berechtigten Interesse an Begrenzung und unseren selbstverständlichen Verpflichtungen gegenüber Menschen, die Schutz brauchen. Es liegt in der Verantwortung und im Interesse unseres Landes, so lange wie möglich an Schengen festzuhalten. Das heißt: Schutz der Außengrenzen und möglichst wenige Kontrollen innerhalb Europas.

Wir werden weiterhin für einen europäischen Weg aus der Flüchtlingskrise kämpfen, solange er auch bei der Verringerung der Flüchtlingszahlen Erfolg verspricht. Falls aber einige Länder versuchen sollten, das gemeinsame Problem einseitig und zusätzlich auf den Rücken Deutschlands zu verlagern, so wäre das inakzeptabel und würde von uns auf Dauer nicht ohne Folgen hingenommen.

Meine zweite Botschaft richtet sich an die Menschen, die in den letzten Monaten in unser Land gekommen sind. Auch an Sie wende ich mich direkt. Für die große Mehrheit von Ihnen ist es selbstverständlich, sich in Deutschland, in dem Land, das Sie aufnimmt, anständig und rechtstreu zu verhalten. Das ist gut, und das müssen wir alle auch laut gemeinsam sagen.

Sie erhalten hier ein faires Asylverfahren, und die Behörden werden so schnell wie möglich prüfen, ob Sie in unserem Land bleiben können. Wenn Sie aber aus asylfremden Gründen nach Deutschland kommen oder versuchen, ohne Aussicht auf Erfolg einen Aufenthalt zu begründen oder zu verlängern, werden Sie dieses Ziel nicht erreichen. Wenn Sie versuchen, sich einem geregelten Verfahren an dem Ort zu entziehen, wohin Sie verteilt werden, oder wenn Sie ihre Chancen durch Täuschung verbessern wollen, wird Ihnen das nicht gelingen. Wenn Sie im Asylverfahren nicht mitwirkungsbereit sind, führt das zu Nachteilen in Ihren Verfahren.

Für diejenigen unter Ihnen, die aus sicheren Herkunftsstaaten kommen oder sich einem ordentlichen Verfahren verweigern, führen wir ein beschleunigtes Verfahren ein, das mit weiteren Auflagen verbunden ist und nach Ablehnung Ihres Antrags in einer raschen Rückführung enden wird.

Die vollen Asylbewerberleistungen erhalten Sie künftig nur dann, wenn Sie registriert sind und in der Ihnen zugewiesenen Unterkunft wohnen. Wer sich an die Regeln hält, hat das schnell erreicht. Das gilt – ich wiederhole es – für die große Mehrheit der Asylsuchenden in unserem Land. Für Sie ändert sich durch das neue Gesetz eigentlich ziemlich wenig. Wenn Ihr Asylantrag aber rechtskräftig abgelehnt worden ist und es keinen wirklichen Duldungsgrund gibt, müssen Sie unser Land verlassen. Gehen Sie nicht freiwillig, werden die Behörden Ihre Ausreisepflicht durchsetzen.

Meine Damen und Herren, Rückführungsversuche scheitern oft daran, dass medizinische Gründe vorgebracht werden. Häufig wird geltend gemacht, dass die medizinische Versorgung im Herkunftsland eine Rückführung ausschließt, weil sie nicht dem deutschen Standard entspricht. Auch manche medizinischen Atteste scheinen nicht wirklich begründet zu sein, vor allem sogenannte Vorratsatteste. Wir regeln jetzt, dass es für eine Abschiebung eine solide medizinische Versorgung im Zielstaat geben muss, ausreichend und angemessen.

Das hohe Niveau der medizinischen Versorgung in Deutschland muss aber nicht erfüllt werden.

Die medizinischen Standards in den Herkunftsländern müssen so sein, dass den Menschen auch nach der Rückkehr gut geholfen werden kann. Gleichheit mit deutschen Standards können und werden wir aber nicht gewährleisten. Das ist ehrlich, und das ist auch angemessen.

Meine Damen und Herren, der Gesetzentwurf sieht außerdem eine Änderung beim Recht auf den Familiennachzug vor; darüber haben wir ja seit einigen Wochen sehr heftig diskutiert.

Die Einschränkung des Familiennachzugs mag hart erscheinen.

– Sie ist hart, einverstanden. – Sie ist aber notwendig, um eine Überlastung der Aufnahmesysteme in unserem Land zu verhindern.

– Hören Sie gut zu! Der nächste Satz wird Sie vielleicht noch mehr ärgern; aber ich halte ihn trotzdem für richtig. – Wir wollen nicht, dass Eltern ihre Kinder vorschicken, teilweise einer Lebensgefahr aussetzen, um anschließend selbst nachzukommen. Das wollen wir nicht.

Trotzdem gilt: Wenn es Härtefälle gibt, dann werden wir sie auch weiterhin besonders berücksichtigen. Das war ein wesentliches Ergebnis der Gespräche, die der Kollege Maas und ich, um das Asylpaket II insgesamt auf den Weg zu bringen, geführt haben. Das Außenministerium und das Innenministerium werden im Einvernehmen die entsprechenden Entscheidungen treffen.

Mit der dritten Botschaft richte ich mich an die Straftäter der Silvesternacht, die Asylbewerber sind. Ihnen sage ich heute klipp und klar: Für Sie ist kein Platz in Deutschland.

Es gibt keinen dauerhaften Schutz in unserem Land für die, die hier erhebliche Straftaten oder bestimmte Straftaten in Serie begehen. Ich sage Ihnen auch: Sie haben Ihre eigenen Landsleute und Ihre wunderbaren Herkunftsländer in Misskredit gebracht. Sie haben dem Ansehen der Flüchtlinge geschadet. Sie haben auch die in Deutschland schon lange lebenden Zuwanderer insgesamt der Gefahr eines Generalverdachts ausgesetzt, was wir jeden Tag auf den Straßen erleben.

Und Sie haben den Populisten, Demagogen und anderen Scharfmachern Futter für ihre einfachen Denkmuster gegeben. All das haben diese Straftäter erreicht.

Wir haben Ihre Taten jetzt zum Anlass genommen, das Ausweisungs- und Asylrecht gegenüber kriminellen Ausländern zu verschärfen. Wir begründen ein schwerwiegendes Ausweisungsinteresse früher als bisher. Wir werden auch die Anerkennung als Flüchtling, den Flüchtlingsstatus, bei der Erreichung bestimmter Strafbarkeitsschwellen leichter versagen als bisher. All das ist eine deutliche Botschaft, nicht nur an die Straftäter in der Silvesternacht, sondern das ist auch für all die Menschen mit ausländischen Wurzeln und die vielen Flüchtlinge wichtig, die sich hier anständig verhalten und die sich nichts haben zu Schulden kommen lassen. Auch diese Menschen sind mittelbar Opfer der Neujahrsnacht. Auch ihnen gegenüber tragen wir eine Verantwortung, die wir mit diesem Gesetzespaket jetzt übernehmen.

Meine Damen und Herren, das Asylpaket II und der vorliegende Entwurf eines Gesetzes zur erleichterten Ausweisung sind ein harter und wichtiger Schritt eines langen Weges. Ja, es ist eine Verschärfung des Asylrechts; da muss man gar nicht darum herumreden. Aber diese Verschärfung ist nötig, und sie ist angemessen. Dieser Gesetzentwurf löst nicht alle Probleme – das hat auch niemand behauptet –, aber einige wichtige.

Vor uns liegen weitere Aufgaben, vor allem die Reduzierung der Flüchtlingszahlen. Wir brauchen dafür Zusammenhalt, Ausdauer und Augenmaß. Deutschland bleibt ein Land mit Herz und ein Land mit Regeln.

Vielen Dank.

Unser neuer Mitarbeiter stellt sich vor



Liebe Leserin,
lieber Leser,

als neuer Mitarbeiter des Bundestagsbüros von Sabine Weiss in Berlin möchte ich mich hiermit bei Ihnen kurz vorstellen. Mein Name ist Jan Philipp Koch und ich wurde vor 29 Jahren in Dinslaken geboren. Schon seit jeher habe ich ein großes Interesse an der Politik, sei es auf kommunaler Ebene oder auf der großen Weltbühne.

Dies bewog mich daher auch zum Studium der Politikwissenschaft in der alten und traditionsreichen Studentenstadt Marburg, im beschaulichen Hessen. Bereits während meines Studiums erhielt ich durch diverse Praktika erste Eindrücke in das politische Geschehen. So bekam ich beispielsweise die Möglichkeit dem stellvertretenden Generalkonsul in St. Petersburg zwei Monate über die Schulter zu schauen und erhielt somit erste Einblicke in die internationalen Beziehungen. Nach meinem Studium war recht schnell klar, dass es mich nach Berlin verschlagen würde. Für einen Politologen gibt es wahrscheinlich nichts Spannenderes als am Nabel der gelebten Politik zu arbeiten und sich täglich aufs Neue mit einer sich stetig verändernden politischen Welt zu befassen. Besonders in ereignisreichen Zeiten wie diesen, möchte ich meinen Beitrag dazu leisten, eine überlegte, realistische und vor allem menschliche Politik mit umzusetzen.

Mit den besten Grüßen aus Berlin.

Jan Philipp Koch

Offener Brief zu den Äußerungen eines FDP Ratsmitgliedes auf Facebook (Berichte in der Lokalpresse am 18. & 19. Februar)



Sabine Weiss

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Vorsitzende der
CDU/CSU - Bundestagsfraktion

Sabine Weiss, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Herrn

Heiske

Berlin, 19.02.2016

Bezug:

Anlagen:

Sabine Weiss, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: JKH

Raum: 3.448

Telefon: +49 30 227-77720

Fax: +49 30 227-76720

sabine.weiss@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

van Gent Str. 3

46483 Wesel

Telefon: +49 -281-31501

Fax: +49 - 281-31499

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Heiske,

mit Entsetzen und auch Verärgerung habe ich Ihre Äußerungen auf Facebook der lokalen Presse entnommen.

Es ist nach meinem Verständnis gute demokratische Tradition, bei unterschiedlichen Auffassungen in der Sache hart und intensiv zu diskutieren, im Ton und in den Umgangsformen dabei jedoch sachlich und getragen vom gegenseitigen Respekt zu bleiben.

Ihr unerträglicher Sprachjargon ist nichts weiter als ein populistischer und billiger Versuch, am ganz rechten Rand zu fischen. Demokratisch gewählte Personen und eine durch demokratische Wahlen legitimierte Politik in die Nähe der schlimmsten Diktaturen, die diese Welt je gesehen hat, zu stellen, ist beschämend für ein Mitglied einer Partei, die das Bekenntnis zur Demokratie in Namen trägt.

Das Grundrecht auf Meinungsäußerung deckt keine diffamierenden und menschenverachtenden Äußerungen gegenüber Menschen, die einer anderen demokratischen Partei angehören oder andere Meinungen vertreten.

Aufrichtige Demokraten müssen gegen Hassparolen, Diffamierungen und Gewaltaufrufe zusammenstehen und unsere Gesetze und unseren gesamtgesellschaftlichen Frieden schützen.

Ich hoffe, dass Sie sich auf unsere demokratischen Traditionen und gesellschaftlichen Werte zurückbesinnen, denn diese sind die Grundpfeiler unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Darauf beruft sich im Übrigen auch Ihre Partei.

Mit freundlichen Grüßen